

Gewerkschaftlicher Aktionsausschuss
KEINE PREKÄRE ARBEIT UND TARIFFREIE BEREICHE
im Verantwortungsbereich des Landes Berlin

An die Abgeordneten der Regierungsfractionen im Berliner Abgeordnetenhaus

Berlin, 14.11.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns bei Ihnen für den Empfang der Delegationen des Gewerkschaftlichen Aktionsausschusses. Zugleich möchten wir Sie vorab im Folgenden über eine Reihe offener Fragen informieren.

Sicher brauchen wir Sie nicht auf die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag gegen die prekäre Arbeit hinweisen.

Aber wir müssen feststellen, dass noch zahlreiche im Koalitionsvertrag angekündigte Maßnahmen offen sind, deren Umsetzung bis zum Ende der Legislaturperiode realisiert werden sollten.

Deshalb überreichen wir Ihnen eine Übersicht, die sicher nicht vollständig ist.

Im öffentlichen Bereich gibt es ausgehandelte Tarifverträge des öffentlichen Dienstes, TV-L bzw. TVöD. Es kann ausschließlich darum gehen, in den tariflosen Bereichen, bei den Töchtern, einen Übergang in einen Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes – wenn auch in Stufen – zu verhandeln. Die Erfahrungen im letzten Jahr sind, dass nur durch massive Streiks bzw. langwierige Kämpfe erste Schritte umgesetzt wurden.

Angriffe auf Gewerkschafter*innen und auch Betriebsrät*innen sind alltäglich und inakzeptabel. Zahlreiche Geschäftsführungen handeln direkt gewerkschaftsfeindlich.

Nicht zuletzt stellt sich die Frage, wie der Beschluss des Abgeordnetenhauses umgesetzt wird, sachgrundlose Befristungen zu beenden. Vor Ort erleben wir noch zu häufig, dass die Geschäftsführungen in outgesourcten Betrieben sich weigern, sachgrundlose Befristungen abzuschaffen, bzw. durch künstliche „Sachgründe“ zu ersetzen. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Entscheidung des Senats, die vollständige Umsetzung des Beschlusses des Abgeordnetenhauses zur Abschaffung sachgrundloser Befristungen sicher zu stellen – in allen Betrieben, für die das Land Berlin Verantwortung trägt, einschließlich der Töchter.

In Erwartung einer Stellungnahme Ihrerseits zu den verschiedenen Fragen,

mit kollegialen Grüßen



Volker Prasuhn

für den Gewerkschaftlichen Aktionsausschuss „Keine prekäre Arbeit und tariffreie Bereiche im Verantwortungsbereich des Landes Berlin“

Kontakt per E-Mail: v.prasuhn@gmx.de

Homepage: <https://www.ga-prekaere-arbeit.de/>

Zu den einzelnen Betrieben

Charité-Tochter CFM:

Ab 1.1.2019 hat der Senat die alleinige Verantwortung für die CFM. Die Vereinbarung mit ver.di läuft am 30.6.2019 aus. Derzeit ist geplant 100 Mitarbeiter der CFM per Betriebsübergang in die Charité ab dem 1.1.2019 zu überführen. Wir fragen, wann werden die restlichen Mitarbeiter*innen überführt?

Zurzeit wird das Outsourcing im Bereich Hol- und Bringedienst im Virchow Krankenhaus forciert. Wir fragen, wann wird dieses beendet - und - diesem Zusammenhang - ob weitere Fremdvergaben geplant sind? Unterstützt diese der Berliner Senat?

Bisher wurde nur eine Vereinbarung zu den Löhnen abgeschlossen, wir fragen, wann gilt der TVöD für alle Mitarbeiter*innen?

Zurzeit gibt es ca. 750 Befristungen, wann werden sie aufgehoben?

Wir sind der Auffassung, dass es zu allen Fragen, die CFM betreffend, sofort Gespräche vom Berliner Senat mit ver.di aufgenommen werden müssen.

Vivantes- Tochter VSG:

Ein Tarifvertrag mit der VSG wurde abgeschlossen, der die im Koalitionsvertrag geforderte Angleichung an den TVöD nicht abbildet.

Unabhängig von dem jetzt als ersten Schritt abgeschlossenen Haustarifvertrages, fordern die Beschäftigten nach wie vor den TVöD und die Rückführung in den Mutterkonzern Vivantes.

In der VSG werden zurzeit immer noch ca. 10 bis 20 % der Beschäftigten mit Befristungen eingestellt.

Wir sind auch hier der Auffassung, dass es zu allen Fragen, die VSG betreffend, sofort Gespräche vom Berliner Senat mit ver.di aufgenommen werden müssen.

Therapeut*innen der Charité-Tochter CPPZ:

Die Tarifverhandlungen um Angleichung an den TVöD sind am unzureichenden Angebot des Arbeitgebers gescheitert. Wann wird endlich der TVöD eingeführt?

Weiterhin ist jede Neueinstellung sachgrundlos befristet. Wann endet diese unsägliche Praxis?

Wir fragen, wann wird die CPPZ aufgelöst und die Beschäftigten wieder in die Charité eingegliedert?

Wir sind der Auffassung, dass auch in diesem Fall zu allen Fragen, die die CPPZ betreffen, sofort Gespräche vom Berliner Senat mit ver.di aufgenommen werden müssen.

Therapeut*innen der Vivantes Tochter VTD

Trotz zahlreicher Beschlüsse der Regierungsparteien, dass die VTD in das Mutterunternehmen Vivantes zurückgeführt werden soll, ist bisher nichts in dieser Richtung geschehen.

Die Kolleg*innen sind dabei, eine Kommission für die Rückführung vorzubereiten, um die Gespräche von ver.di mit dem Senat dazu aufzunehmen.

Wir fordern die sofortige Beendigung der Tariffucht und die Rückführung der Tochtergesellschaft.

Altenpflege in Vivantes

Das Folgende betrifft die Vivantes Töchter, Vivantes Forum für Senioren GmbH und Vivantes Ambulante Krankenpflege GmbH. Wir mussten feststellen, dass die Anwendung des TVöD-B verweigert wird.

Nachhaltige und substantielle Verbesserungen bei Vivantes – Forum für Senioren bzw. Vivantes Hauptstadtpflege sind in diesem Fall ganz einfach zu erreichen, durch eine 100%ige Mitgliedschaft im KAV und somit die 100%ige Anwendung des TVöD-Betreuungseinrichtungen (TVöD-B). Unter solchen Bedingungen befürwortet ver.di die

weitere Ausweitung des Marktanteils von Vivantes Hauptstadtpflege. Das kommunale Unternehmen könnte den Leuchtturm darstellen, der für die Beschäftigungssicherung dringend gebraucht wird und an dem sich auch die privaten Anbieter bei der Bezahlung/ den Arbeitsbedingungen orientieren müssten.

Musikschulen

Die Fachgruppe Musik, wie auch die Fachbereichskonferenz Medien, Kunst und Industrie fordern Verhandlungen mit dem Senat für einen Stufenplan für die Anhebung von festen Stellen in den Musikschulen auf 80 % bis im Jahre 2025, sowie

Verhandlungen für einen Tarifvertrag für die arbeitnehmerähnlichen Musikschullehrer*innen nach §12 a TVG, in einem ersten Schritt auch Verhandlungen über eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung.

Volkshochschulen

Die Honorarerhöhung auf 35 € pro Unterrichtseinheit - wie in Integrationskursen des Bundes - war ein wichtiger Schritt, ist aber noch nicht ausreichend. Denn im Regierungsprogramm ist von tarifvertraglichen Regelungen und einer besseren sozialen Absicherung die Rede. Sowie von 20 % Festanstellungen.

Die Forderungen der VHS-Dozent*innenvertretung Berlin: Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche VHS-Dozent*innen. Bessere soziale Absicherung für arbeitnehmerähnliche Dozent*innen (Sicherung des Beschäftigungsvolumens, Wiedereinstiegsrecht in das bisherige Arbeitsvolumen nach Krankheit, Elternzeit etc.). Verbesserung der Ausfallzahlung bei Krankheit. Honorarerhöhung in Richtung Lehrer*innen-Niveau. Dozent*innen-Vertretung mit Rechten als Personalrat.

Lehrbeauftragte an den Berliner Hochschulen

Im Rahmen der Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes und im Vorfeld der neuen Hochschulverträge soll verhandelt werden:

- Dauerstellen für Daueraufgaben
- Anstelle von Lehraufträgen, die nicht dem Wissenstransfer dienen, sollen reguläre Arbeitsverhältnisse geschaffen werden
- Stärkung der Wahl- und Mitbestimmungsrechte
- Beteiligung des Senats an den Sozialversicherungsbeiträgen für Lehrbeauftragte
- Verbesserte Kontrollinstrumente des Senats über die Umsetzung der Bestimmungen aus Hochschulverträgen und BerlHG
- Unterstützung und Förderung in der beruflichen Entwicklung von Lehrbeauftragten mit finanziellem Ausgleich

Botanischer Garten

Der Botanische Garten wurde zurückgeführt. Die Beschäftigten erhoffen sich vom Senat Unterstützung bei nachfolgenden Themen:

- Achtung des Eingliederungsgesetzes. Die eigenständige Dienststelle und deren Personalrat müssen erhalten bleiben. Derzeit werden von der Freien Universität umfangreiche Aufgaben aus der Dienststelle herausgelöst.
- Einhaltung von Vereinbarungen: Insbesondere die erfolgte Umsetzung der Techniker an andere Standorte ist ein Verstoß gegen den Interessenausgleich und den Kuratoriumsbeschluss.
- Entwicklung einer Perspektive für eine dauerhafte Beschäftigung der Saisonkräfte sowie Beendigung der inzwischen über Jahre andauernden Kettenverträge.
- Unterbindung von Outsourcing: Grünflächen, Reinigung, die Tischlerei und zahlreiche anderen Tätigkeiten sind weiterhin fremdvergeben.

Freie Träger

Wir sind der Auffassung, dass eine Änderung der Rahmenvereinbarungen des Senats für Freie Träger notwendig ist, mit dem Ziel auf der Basis des TV-L einen Branchentarifvertrag zu vereinbaren, der für alle Freien Träger verbindlich ist, mit weitreichenden Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten durch den Senat.

T&M GmbH im Technikmuseum

- Wir fordern die Rückführung in die Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin! Durch die Ausgründung ist die betriebliche Mitbestimmung der Mitarbeiter*innen eingeschränkt!
Wir fordern sichere Arbeitsplätze (es wurde regelmäßig mit Verkauf gedroht und dieser sogar geplant)!
- Keine sachgrundlose Befristung bei Einstellung!

Landeseigene Wohnungsunternehmen (LWU) und deren Töchter:

- In den letzten Jahren haben auch die landeseigenen Wohnungsunternehmen Tariffucht begangen. Galt früher für alle Beschäftigten der branchenübliche, bundesweite Flächentarifvertrag, so sind zumindest zwei der sechs LWU aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten und haben Haustarifverträge, die eine längere Arbeitszeit (2,5h) und eine zeitliche Verzögerung der Entgelterhöhung in der Fläche (bis zu einem Jahr) vorsehen. Pro Beschäftigte*r kann man hier von Verlusten von ca. 3.500 Euro ausgehen. In der Wohnungsbaugesellschaft Berlin Mitte mbH (WBM) kämpfen die Beschäftigten zurzeit darum, diese Ungerechtigkeit abzuschaffen. Die WBM zeigt bisher aber kein Einlenken.
- Des Weiteren haben fast alle LWU Tochterfirmen gegründet, um tarifliche Standards zu unterlaufen. Facilitydienstleistungen, Wohneigentumsverwaltung, Mieterberatung etc. sind vielfach ausgegliedert und nicht oder weit unter dem branchenüblichen Flächentarifvertrag tarifiert. Die Töchter führen aber ihre Gewinne an das jeweilige LWU ab. Im speziellen Fall der Gewobag wurden ausgegliederte Facilitydienstleistungen sogar an ein privates Konsortium verkauft. Tarifverhandlungen sind dadurch nur noch schwerer geworden.

Wir sind der Meinung, dass der Senat hier seinen Einfluss auf die LWU nutzen sollte, damit für alle Beschäftigten, auch die in den Töchtern, wieder der bundesweite Tarifvertrag der Wohnungswirtschaft gilt. Wohnungspolitik darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten gemacht werden, indem man Personalkosten spart.

Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB)

Die Auslagerung der Medienauswahl an Hugendubel Fachinformationen muss rückabgewickelt und zum erfolgreichen Modell der Kooperation von Fachlektorat und Fachbuchhandel zurückgekehrt werden. Nur mit eigenem qualifizierten Fachlektorat in Zusammenarbeit mit dem Fachbuchhandel ist es aus unserer Sicht möglich, das bisherige erfolgreiche Profil der ZLB als öffentlich-wissenschaftliche Bibliothek für die allgemeine Bevölkerung Berlins zu bewahren und weiterzuentwickeln – und die im Koalitionsvertrag versprochene „Gute Arbeit in Landesverantwortung“ zu erhalten und auszubauen. Dass dazu gehört, dass das tiefe Wissen über den Bestand nicht (teil)privatisiert wird, versteht sich für uns von selbst.

Taxibetriebe

Obwohl Taxis Teil des öffentlichen Nahverkehrs sind, und als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge staatlich geschützt und reguliert werden müssen, sind Berliner Taxifahrer*innen Opfer von Lohnraub und illegaler Lohndumping-Konkurrenz. Wir fordern deshalb den Senat auf, endlich:

- Taxi als Teil des ÖPNV und der öffentlichen Daseinsvorsorge zu behandeln.
- die Zahlung des Mindestlohns zur Voraussetzung für die Verlängerung von Taxi- und Mietwagenkonzessionen zu machen.
- die Aufsichtsbehörde LABO handlungsfähig auszustatten und bei über 8100 Taxis 50 Stellen über mindestens drei Jahre zu finanzieren.
- durch bessere Kontrollen Schwarzarbeit, Falschdeklaration von Arbeitszeit als Pausen und illegale Beförderungsangebote zu beenden.
- die Rückkehrpflicht der in Berlin illegal wie Taxis betriebenen Mietwagen durchzusetzen.
- sich mit allen für das Taxigewerbe zuständigen Behörden an einem Runden Tisch zu beteiligen, und gemeinsam mit Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen die Arbeitsbedingungen im Taxigewerbe zu verbessern.